

Gäste

Frau Siernici

Herr Tibbe

Herr Sondermann

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Herrn Goertz als neues Mitglied in sein Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Der Verpflichtete bekundet sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.01.2018

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.01.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sachstand zur schulischen Versorgung von Neuzugewanderten zum 31.01.2018

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

Frau Stillger kritisiert die schlechte Lesbarkeit aufgrund des kleinen Schriftgrades in den Tabellen und in den Diagrammen. Sie bittet künftig um eine lesbare Darstellung.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Förderung weiterer Familienzentren

Herr Epp teilt mit, dass in Bielefeld vier weitere Kitas zur Zertifizierung zum Familienzentrum angemeldet werden können. Die Entscheidung, welche Kitas in Bielefeld zu Familienzentren erweitert werden, obliegt der örtlichen Jugendhilfeplanung, wobei prioritär benachteiligte Gebiete

berücksichtigt werden sollen. Allerdings können bei einer Bedarfsdeckung Familienzentren auch in anderen Stadtteilen etabliert werden.

Der letzte JHA-Vorratsbeschluss aus dem Jahr 2015 ist abgearbeitet worden, d.h., alle damals vom JHA beschlossenen Kitas wurden zertifiziert oder sie befinden sich in der Zertifizierung.

Das Jugendamt wird die Träger der Kitas in Bielefeld in einem Interessenbekundungsverfahren dazu aufrufen, sich mit ihren in Frage kommenden Kitas zu bewerben. Es wird wie in den letzten Verfahren eine Vorratsliste erstellt, die bis zu zwölf interessierte Kitas umfassen kann.

Im Mai 2018 soll der JHA darüber entscheiden, in welcher Reihenfolge die Kitas beim Land angemeldet werden.

Zu Punkt 2.3 Weitere mündliche Mitteilungen

Frau Voigt informiert über die Ausstellung der Jugendkirche luca „Faszination Schöpfung“ vom 17.02.2018 - 24.03.2018 und verweist auf den ausgelegten Flyer.

Zu Punkt 3 Anfragen

Frau Brinkmann verweist auf einen Presseartikel vom 23.02.2018 und auf einen Leserbrief zu LITTLE BIRD. Sie bittet, die darin angesprochenen Fragen in den Bericht für die nächste JHA-Sitzung einzuarbeiten.

Zu Punkt 4 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 WORK & PLEASURE - für ein Bielefeld mit Jugendbeteiligung

Zur Einführung gibt Frau Häckel einen Überblick über die Entwicklungen zu Work & Pleasure.

Im Anschluss berichten Frau Siernici, Herr Tibbe und Herr Sondermann von den stattgefundenen Treffen und Veranstaltungen und deren Ergeb-

nisse.

Als ein größeres Projekt werde derzeit ein Openair-Festival für Jugendliche am 19.05.2019 auf dem Halhof geplant. Ziel sei die Teilnahme von ca. 1.000 Jugendlichen in der Altersgruppe von 14 - 18 Jahren. Der kalkulierte Eintrittspreis werde bei ca. 10 € liegen.

In Anbetracht der Entwicklungen des letzten Jahres würde Frau Häckel es sehr begrüßen, wenn es jedes Jahr ein Jugendprojekt unter der Leitung von Jugendlichen geben könnte.

Herr Rüsing sieht in der heutigen Vorstellung einen guten Input für die weitere Arbeit im Rat, in den Ausschüssen, Bezirksvertretungen etc. zum Thema Jugendarbeit. Wichtig sei eine möglichst breite Aufstellung, so dass für die Jugendlichen noch mehr Möglichkeiten bestehen, sich zu diesem Thema aktiv zu beteiligen und sich einzubringen.

Er bittet die Entwicklung zu diesem Thema nachzuhalten und zu gegebener Zeit im JHA darüber zu berichten.

Frau Dr. Esdar zeigt sich beeindruckt von der Vielzahl der geplanten Projekte, die überwiegend mit einem hohen Maß an Verantwortung hinterlegt seien.

Wichtig für den Fortschritt des Prozesses sei, diejenigen unter den Jugendlichen zu erreichen, die sich bisher noch nicht in diese Richtung engagiert haben.

Frau Hopster hält es für sehr wichtig, die geplanten Projektthemen vermehrt in die Öffentlichkeit zu bringen.

Angesichts des relativ hohen geplanten Eintrittspreises von ca. 10 € regt sie an, hierfür einen Fonds einzurichten, damit allen Jugendlichen die Teilnahme an dem Festival ermöglicht werden kann.

Für das Festival schlägt sie eine Info-Ecke vor, um sich über den gesamten Prozess informieren zu können.

Herr Müller betont, dass Work & Pleasure nicht die einzige Jugendbeteiligung in Bielefeld darstelle. Jugendbeteiligung gebe es an vielen Stellen. Jugendliche beteiligten sich dort, wo sie es verbinden können mit ihren Interessen, z.B. in Verbänden, Vereinen, Jugendgruppen etc..

Frau Stillger hebt positiv hervor, dass es sich um konkrete Projekte handelt, die hier identifiziert wurden.

Für das weitere Verfahren hält sie es für hilfreich, sich über den Begriff der Beteiligung zu verständigen und damit den Rahmen klar und überschaubar zu definieren.

Herr Bolte sieht ein Problem darin, dass viele Themen am Ende im Sande verlaufen. Er ermutigt die Jugendlichen, dennoch weiter zu machen und die Politik anzusprechen. Er möchte mehr mit der Jugend kommunizieren und gemeinsam mehr erreichen.

Frau Voigt sieht in dem geplanten Festival eine gute Möglichkeit, viele Jugendliche zu erreichen.

Für das Festival und für die von Frau Häckel vorgeschlagenen jährlichen Jugendprojekte sagt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Unterstützung des

Jugendhilfeausschusses zu und wünscht den Beteiligten weiterhin viel Erfolg.

-.-.-

Zu Punkt 6 Umsetzung der Ziel- und Maßnahmenplanung 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6156/2014-2020

Frau Brinkmann verweist auf die Maßnahme „Alkoholprävention im Sport stärken“ (540-3) auf Seite 14. Sie zeigt sich erstaunt über den geringen Zielwert von nur 2 Vereinen.

Beigeordneter Herr Nürnberger und Herr Wörmann berichten daraufhin von den intensiven Bemühungen und den Schwierigkeiten, eine Akzeptanz eines Alkoholverbotes zu erreichen.

Herr Lemhoefer ergänzt, dass es auch bei der Umsetzung dieses Projektes einer Vielzahl von Unterstützern bedürfe, die sich kümmern, die beraten, qualifizieren und fördern.

Frau Obasohan bittet darum, die Vorlage künftig auch im Integrationsrat vorzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6013/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld informiert über die Vereinbarung aus dem Vorgespräch, dass heute in 1. Lesung nur die Maßnahmen vorgestellt und erörtert werden sollen, die das Jugendamt betreffen. In der nächsten Sitzung sollen in 2. Lesung die Maßnahmen thematisiert werden, die die REGE betreffen.

Herr Epp benennt die für das Jugendamt relevanten Maßnahmen. Diese finden sich auf den Seiten 23 - 29, 32 - 49, 77 - 79 und 95 - 96.

Anschließend stellt er die Schwerpunktthemen für 2018 vor:

- Kontinuierliche Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung (S. 27)
- Bedarfsgerechtes Angebot der Kindertagesbetreuung (S. 32)
- Nutzung des Angebots an Kindertagesbetreuung durch zugewanderte Familien und Familien in prekären Lebenssituationen (S. 34)
- Weiterentwicklung der OKJA; hier: mobile Arbeit (S. 38)
- Neue zielgenaue Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung schaffen (S. 44)
- Umsetzung des Aktionsplanes LSBTI* Bielefeld (S. 77)
- Bürgerfreundliches Sozialdezernat (S. 95)

Frau Stillger verweist auf die Maßnahme auf Seite 34. Diese erstreckte sich nur auf begrenzte Stadtteile. Der Lebenslagenbericht weise jedoch darüber hinaus weitere Stadtteile mit Familien in prekären Lebenssituationen aus. Sie vermisst eine Diskussion im Jugendhilfeausschuss, wie die Situation grundsätzlich strukturell verbessert werden könnte.

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass bei den Zielsetzungen die politischen Aufträge bereits berücksichtigt wurden.

Frau Hopster bittet zum Schwerpunktthema „Bürgerfreundliches Sozialdezernat“ das Verfahren zur Beantragung von BuT-Mitteln zu hinterfragen.

Herr Hood sieht in der veränderten Darstellung der Ziele und Maßnahmen eine wesentliche Verbesserung. Politische Anträge finde er darin wieder. Er unterstützt den Vorschlag von Frau Hopster hinsichtlich der BuT-Mittel.

Für Herrn Rüsing könnte die Kostentransparenz noch verbessert werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8

Projektauftrag "Stärkung der Elternarbeit an Grundschulen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6220/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass diese Vorlage für den Jugendhilfeausschuss nur zur Kenntnisnahme vorgesehen sei. Federführend sei der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der die Vorlage am 27.02.2018 beschlossen habe.

Herr Wörmann führt ergänzend aus, dass nach Ablauf der erfolgreichen Maßnahme „Verbesserung des Umgangs mit suizidalen Krisen an Schulen – Handlungsempfehlungen für die Praktiker schaffen“ ein Handlungsleitfaden erstellt wurde, der mittlerweile alle Schulen vorliege.

Herr Bolte weist darauf hin, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss einen Vorbehaltsbeschluss gefasst habe.

Herr Wörmann erläutert den Vorbehaltsbeschluss. Für den Projektauftrag an Schulen sei eine Anpassung der Vergaberichtlinien insofern erforderlich, als das Mindestauftragsvolumen von derzeit 3.000 € auf 500 € reduziert werden müsste. Diese Anpassung soll in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses beschlossen werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2018/2019

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6150/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist auf den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Mitte hin. Diese habe den Beschlusstext um eine Ziffer 4 ergänzt:

„4. Die Anzahl der Betreuungsplätze im Stadtbezirk Mitte ist aufgrund des großen Bedarfs auszubauen. Dabei ist auch der Ausbau bereits bestehender Einrichtungen zu prüfen.“

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert in einem groben Überblick die Inhalte der Vorlage.

Ergänzend teilt er zur mittelfristigen Ausbauplanung mit, dass in dem Zeitraum 2019/2020 voraussichtlich fünf weitere Kitas benötigt werden, die in den Quartieren Dornberg, Senne, Sennestadt, Brackwede-Quelle und Mitte im Bereich der Herforder Straße errichtet werden sollen.

Frau Dr. Esdar bescheinigt der Verwaltung mit den vorgeschlagenen moderaten Überbelegungen sowie der Inbetriebnahme weiterer Kitas im Laufe des Kindergartenjahres 2018/2019 eine angemessene und gute Reaktion auf die gestiegenen Bedarfszahlen.

Herr Langeworth verweist auf seine wiederholten Ausführungen im letzten Jahr zu den deutlichen Defiziten im Stadtbezirk Mitte. Am 22.02.2018 habe die Bezirksvertretung Mitte schließlich mit dem einstimmigen Beschluss eine höhere Erwartung bekräftigt. Am selben Tag sei den Medien zu entnehmen gewesen, dass auch die Verwaltung diesen Bedarf sehe.

Eine Aufstockung um 8 Betreuungsplätze in Mitte, wie in der neuen Planung vorgesehen, reiche jedoch nicht aus. Deswegen nehme die CDU-Fraktion die Ankündigung der Verwaltung, eine weitere Kita in Mitte im Bereich der Herforder Straße errichten zu wollen, erfreut zur Kenntnis.

Auch den Ausbau bereits bestehender Einrichtungen gelte es im Blick zu behalten.

Unter Berücksichtigung der angekündigten Errichtung einer neuen Kita in Bielefeld Mitte kündigt Herr Langeworth für die CDU-Fraktion an, dieser Vorlage zuzustimmen.

Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich bei den Kita-Trägern für die Anstrengungen, die die Schaffung und Ausweitung des Betreuungsangebots mit sich bringe.

Herr Hood regt an, im politischen Raum zu hinterfragen, ob die für Bielefeld festgesetzte Quote noch zeitgemäß ist.

Ein Problem sieht er darin, ausreichend Personal zu finden. Hier sollte dringend investiert werden.

Herr Langeworth bezieht sich auf die Versorgungsquote Ü3 im Stadtbezirk Mitte. Im letzten Jahr betrug die Quote 106,2 %. Dennoch bestehe aufgrund der zahlreichen Einpendler eine Unterversorgung. Die aktuelle Planung weise eine Quote von 102,5 % aus. Somit habe sich die Situation in Mitte noch verschärft, denn die Anzahl der Einpendler sei nicht geringer geworden und die Bevölkerungszahlen steigen weiter.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt sich den Ausführungen von Herrn Hood an, dass die derzeitige Versorgungsquote von 43 % für U3 überprüft werden sollte. Bei der Ü3-Versorgung sei Bielefeld im landesweiten Vergleich ebenso gut aufgestellt wie bei dem zeitlichen Betreuungsumfang.

Abschließend honoriert Vorsitzende Frau Weißenfeld die gute Arbeit und die gute Planung, die hier geleistet wurde. Es sei gelungen, die Kinder der Zuwandererfamilien zu versorgen, ohne dass dieses zu einem Verdrängungseffekt geführt habe.

Sie bedankt sich bei den Trägern, die dazu beigetragen haben, dass alle Kinder in Bielefeld versorgt werden konnten.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2018/2019 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2 fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2018 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	197	1.256	3.316	
	Ib (35 Std.)	1.813			
	Ic (45 Std.)	2.562			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	10	10		
	IIb (35 Std.)	703	703		
	IIc (45 Std.)	1.032	1.032		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	430		430	
	IIIb (35 Std.)	2.825		2.825	
	IIIc (45 Std.)	3.048		3.048	
Summe		12.620	3.001	9.619	885

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (12.620 + 885 = 13.505) und der Gesamtzahl der Plätze (13.592) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)

gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 130 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2017/2018 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2019 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2018 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Auslaufen des Bundesprogramms „KitaPlus“ zum 31.12.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6288/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die fehlenden finanziellen Mittel für die Fortführung des Projektes über den 31.12.2018 hinaus bis zum Ende des Kindergartenjahres am 31.07.2019.

Auf Vorschlag von Frau Brinkmann bittet der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung, nach einer budgetneutralen Lösung zu suchen.

-.-.-

Die nachstehenden Tagesordnungspunkte 11, 12 und 13 werden im Zusammenhang beraten.

Herr Dr. Schmitz spricht sich für einen höheren Anteil an Kitas in städtischer Trägerschaft aus. Er begründet dies mit den nicht auskömmlichen Landeszuschüssen an die freien Träger sowie einer besseren Bezahlung der Beschäftigten in städtischen Kitas.

Aus diesen Gründen werde er der Übertragung der Trägerschaften an freie Träger nicht zustimmen und kündigt Stimmenthaltung an.

Zu Punkt 11 Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Stieghorst

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6197/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass die Bezirksvertretung Stieghorst dem Jugendhilfeausschuss einstimmig empfohlen habe, die Trägerschaft dem Katholischen Verein für soziale Dienste in Bielefeld e.V. zu übertragen.

Der Unterausschuss Jugendhilfe sei dieser Empfehlung gefolgt und empfehle dem Jugendhilfeausschuss einen dementsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Hanke weist darauf hin, dass die Finanzierungsübersicht versehentlich eine 3-gruppige Kita abbilde. Gebaut werde jedoch eine 4-gruppige Kita. Die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte angepasste Finanzierungsübersicht bilde nun eine 4-gruppige Kita ab. Er bittet die korrigierte Finanzierungsübersicht gegen die bisherige Version auszutauschen. Am Ergebnis, nämlich dem Bestehen einer Differenz je nach Höhe der Trägeranteilssubventionierung, ändere das nichts.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung wird dem SKM - kath. Verein für soziale Dienste in Bielefeld e.V. übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe -Landesjugendamt- als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Maßnahmenrealisierung sind von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 einzustellen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6204/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass die Bezirksvertretung Heepen dem Jugendhilfeausschuss mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme empfohlen habe, die Trägerschaft dem DRK zu übertragen.

Der Unterausschuss Jugendhilfe sei dieser Empfehlung gefolgt und empfehle dem Jugendhilfeausschuss einen dementsprechenden Beschluss zu fassen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung wird dem DRK

Kinder-, Jugend- und Familiendienste OWL gGmbH (KiJuFa) übertragen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe -Landesjugendamt- als überörtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Maßnahmenrealisierung sind von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 einzustellen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Übernahme der Trägerschaft für eine neue Kindertageseinrichtung in Bielefeld-Brackwede

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6211/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass die Bezirksvertretung Brackwede dem Jugendhilfeausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen empfohlen habe, die Trägerschaft den Falken zu übertragen.

Der Unterausschuss Jugendhilfe sei dieser Empfehlung gefolgt und empfehle dem Jugendhilfeausschuss einen dementsprechenden Beschluss zu fassen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung wird den Falken Kindertagesstätten e.V. übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe - Landesjugendamt - als überörtlichem Träger der öff. Jugendhilfe durchzuführen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Maßnahmenrealisierung sind von der Verwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 einzustellen.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5998/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Folgende Gremien haben ihre Arbeit beendet und werden formell aufgelöst:

- Arbeitsgruppe Architektengremium Almhalle
- Arbeitsgruppe Friedhöfe
- Arbeitsgruppe Historisches Museum
- Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen
- Arbeitsgruppe Kulturentwicklungsplanung
- Arbeitsgruppe Sanierung Weser-Lutter
- Arbeitsgruppe Sparrenburg
- Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien
- Arbeitsgruppe Sportstättenprüfungskommission
- Arbeitsgruppe Vergaben
- Arbeitsgruppe Verkaufsprozess Ankergebäude
- Arbeitskreis Brandschutzbedarfsplan
- Koordinierungskreis Innenstadt und Investorenprojekte
- Lenkungsgruppe Masterplan Innenstadt
- Projektgruppe für den Verkaufsprozess ehemalige Adolf-Reichwein-Schule
- Steuerungsgruppe Umsetzung der schulischen Inklusion
- Verlagerung der Zuständigkeit für die Rudolf-Oetker-Halle zu der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Abschlussbericht „Fallanalysen im Kinderschutz“
- Bericht Ergebnisse Evaluation „Freiräume“
- Little Bird
- Bericht zur Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- Entfristung Anerkennung Kosmopolit e.V.

Bielefeld, den 07.03.2018

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)